



Landesverteidigungsakademie
Wien

KOMMUNALWAHLEN IN DER TÜRKEI – ERDOGANS POPULARITÄT UNGEBROCHEN

Marius Calligaris

Die Kommunalwahlen in der Türkei am 30. März 2014 haben einen klaren Sieg der AKP gebracht. Massenproteste im Sommer 2013 und eine aufgeflogene Korruptionsaffäre konnten der Popularität Erdogans nichts anhaben. Dieser steht bei weiten Kreisen der Bevölkerung für den wirtschaftlichen Aufschwung und man wollte in unsicheren Zeiten offenbar keine Experimente eingehen. Es ist allerdings zu befürchten, dass der Ministerpräsident seine autoritäre Amtsführung fortsetzt, den früheren Reformkurs weiter verlässt und die Polarisierung im Lande andauert.

Die Kommunalwahlen in der Türkei am 30. März 2014 haben bei einer Wahlbeteiligung von fast 90% einen klaren Sieg der Regierungspartei gebracht. Die AKP (Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei) gewann 45,5% der Stimmen (bei den Lokalwahlen 2009 38,8%) und konnte auch die Bürgermeisterstessele in Istanbul und (knapp) in Ankara verteidigen. Die Oppositionspartei CHP (Republikanische Volkspartei) erreichte 27,8% (2009 23,1%), die MHP (Partei der Nationalen Bewegung) 15,2% (2009 14,7%).

Das Wahlergebnis war mit Spannung erwartet worden. Bedenkt man die seit Amtsantritt der AKP 2002 für türkische Verhältnisse bemerkenswerte interne Stabilität, so waren dem Urnengang zehn Monate vorausgegangen, in welchen zwei dramatische Ereignisse die politische Landschaft erschüttert hatten: die monatelangen Massenproteste gegen die Regierung im Zusammenhang mit dem geplanten Umbau eines Parks in Istanbul bzw. deren blutige Niederschlagung und die Auf-

deckung eines allem Anschein nach gewaltigen Korruptionsskandals.

Massenproteste gegen den autoritären Kurs von Ministerpräsident Erdogan

Die genannte Protestwelle begann am 28. Mai 2013 mit einer gewaltfreien Demonstration von Umweltschützern gegen ein geplantes Bauprojekt auf dem Gelände des Gezi-Parks im Zentrum Istanbuls. Eine Eskalation trat ein, als es zu einem gewaltsamen Einsatz der Polizei gegen die Kundgebung kam. Verschiedene Gruppen, wie vor allem jugendliche Angehörige der säkularen Mittelschicht, aber auch aus alevitischen und kurdischen Kreisen, Intellektuelle, Künstler, linke Militante und Gewerkschaftsvertreter schlossen sich der Demonstration an. Das übertrieben harte Vorgehen der Sicherheitskräfte schweißte diese heterogene Gruppierung fester zusammen. Die Proteste griffen auch auf andere türkische Städte über. Der Gezi-Park wurde am 15. Juni von der Poli-

IFK Monitor
April 2014



zei schließlich gewaltsam geräumt, die Demonstrationen gingen jedoch bis in den September hinein weiter, vor allem in Istanbul und Ankara, und forderten insgesamt acht Todesopfer.

Der Gezi-Park wurde zum Symbol des Widerstandes der türkischen Zivilgesellschaft, nicht nur gegen die überzogene Polizeigewalt, sondern auch gegen den Regierungsstil von Ministerpräsident Erdogan. Tatsächlich zeigt dieser in den letzten Jahren zunehmend autoritäre Züge. Der Umstand, dass der AKP seit 2002 eine ineffiziente parlamentarische Opposition gegenübersteht, hat wohl zur Entwicklung dieses selbstherrlichen Stils beigetragen. Der Widerstand richtete sich aber auch gegen die Tendenz des Regierungschefs, sich in die persönliche Lebensweise der Bürger einzumengen. Zudem reagierte Erdogan auf die Gezi-Proteste mit dem Vorwurf, es handle sich bei den Demonstranten um – teilweise vom Ausland gesteuerte – Randalierer, Hooligans, Plünderer und Terroristen, was die Wut der Manifestanten noch verstärkte. Es handelte sich um einen Rückfall in frühere, für die Kemalisten typisch gewesene, Verschwörungstheorien, welche durch die Regierungszeit der AKP als überwunden galten. In der Gezi-Frage musste Erdogan auch seine Grenzen erkennen, und die Tatsache, dass weite Kreise der Bevölkerung keine autoritäre Regierung wollen.

Die Ereignisse zeigten allerdings auch die Art des Demokratieverständnisses des Ministerpräsidenten. Dieses bezieht sich offenbar nur auf Wahlen. Ein Sieg biete demnach freie Hand und berechtige dazu, die Anliegen derjenigen, welche die AKP nicht gewählt haben, zu ignorieren.

Fetullah Gülen – ein „unpolitischer“ Kontrahent

Das zweite einschneidende Ereignis, nämlich der im Folgenden geschilderte Korruptionsskandal steht im Zusammenhang

mit dem Konflikt zwischen Erdogan und dem in Pennsylvania lebenden religiösen Prediger Fetullah Gülen. Dessen Bewegung unterhält Schulen und Bildungsvereine, kontrolliert Medien und verfügt über weitreichende wirtschaftliche Verflechtungen. Gülen selbst erklärt sich für unpolitisch. Seine Kritiker werfen ihm die Unterwanderung des Staates durch insbesondere in Polizei und Justiz aufgebaute Netzwerke sowie eine geheime islamische Agenda vor. Gülen war ein Hauptverbündeter der AKP in der Zurückdrängung der politischen Rolle des Militärs und der Aufbrechung der kemalistischen Strukturen. In den letzten Jahren kam es jedoch zu einem Zerwürfnis mit Erdogan, zuletzt durch die Kritik Gülen am harten Vorgehen gegen die Gezi-Park-Proteste. Der Bruch wurde offensichtlich durch die Ankündigung der Regierung, die privaten Nachhilfeschulen der Gülen-Bewegung zu schließen, die für diese eine nicht unbedeutende Einnahmenquelle und ein Rekrutierungsbecken darstellen. In diesem Zusammenhang werfen Kritiker Erdogan vor, neben sich keine einflussreiche Persönlichkeit zu dulden und Gülen in der Türkei schwächen zu wollen.

Aufdeckung eines Korruptionsskandals

Am 17. Dezember 2013 verhaftete die Polizei zahlreiche Personen aus dem Umfeld der AKP, u. a. die Söhne von drei Ministern sowie den Geschäftsführer der staatseigenen Halk Bank. Den Betroffenen wird Betrug, Geldwäsche und Bestechung im Zusammenhang mit illegalen Goldgeschäften mit dem Iran sowie mit der Vergabe von Bauaufträgen vorgeworfen.

Als Gegenaktion der Regierung kam es zur Amtsenthebung bzw. Versetzung von ca. 1 500 Staatsanwälten und Polizeibeamten (darunter des Polizeichefs von Istanbul), insbesondere in den Abteilungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Es handelte sich um den klaren Versuch, die Untersuchungen zu erschweren. Ein leitender

der Staatsanwalt beklagte öffentlich, er sei an der Ausweitung der Korruptionsermittlungen gehindert worden. Die Väter der drei verhafteten (inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzten) Ministersöhne traten in der Folge zurück und es kam zu einer größeren Kabinettsumbildung.

Erdogan sprach von einer schmutzigen Kampagne gegen die Regierung und von einem „Putschversuch“. Er beschuldigte Fetullah Gülen, hinter der Aktion zu stecken. Dieser habe mit seinen Seilschaften „parallele Strukturen“ aufgezo-gen. Tatsächlich dürfte die Gülen-Bewegung bei der Aufdeckung der Korruption eine entscheidende Rolle gespielt haben und es hat den Anschein, dass es den Staatsanwälten auch darum ging, Erdogan zu schaden. Dessen diesbezüglicher Vorwurf dürfte eine gewisse Berechtigung haben. Die heftigen Reaktionen nähren jedoch den Verdacht, dass die Anschuldigungen gegen die Verhafteten zu-mindest teilweise Substanz haben könnten. In diesem Zusammenhang wurde auch be-kannt, dass über Auftrag Istanbul-er Staats-anwälte in den letzten Jahren offenbar tau-sende Personen, darunter der Ministerpräsi-dent, Regierungsmitglieder, Oppositionelle, Geschäftsleute, Journalisten, etc. abgehört wurden. Ein Telefonat Erdogans mit seinem Sohn über den Rat, Geld außer Haus zu schaffen, wurde im Internet verbreitet. Der Genannte bezeichnete dies als Fälschung. Die Aufzeichnung weiterer Gespräche, u. a. mit Versuchen, Druck auf Journalisten aus-züben und laufende Prozesse zu beein-flussen, folgten. Auch hier beschuldigte der Regierungschef Fetullah Gülen, die Abhör-aktion lanciert zu haben – was etliche Beob-achter auch annehmen.

Insgesamt beweisen allerdings sowohl die – offenbar bis in die Familie Erdogans hi-neinreichende – Korruptions- als auch die Abhöraffaire, welche Missstände vermutlich größeren Ausmasses sich in der Türkei in 11 Jahren AKP-Alleinregierung breit gemacht haben.

Maßnahmen gegen Internet und social media

Quasi als Antwort auf die verschiedenen Enthüllungen verabschiedete die AKP-Mehrheit im Parlament eine Justizreform, mit welcher die Kontrolle des Hohen Rates der Richter und Staatsanwälte dem Justizmi-nister übertragen wird. Kritiker sehen darin eine glatte Verletzung der Gewaltentren-nung, welche auch die Verfassungsreform 2010, mit welcher die Unabhängigkeit der Justiz festgeschrieben wurde, teilweise wie-der rückgängig macht. Beschlossen wurde darüber hinaus auch ein Gesetz, welches es ermöglicht, Internetseiten ohne vorheri-gen Gerichtsbeschluss zu sperren. Blockiert wurden auch die social media Plattformen Twitter und YouTube. Da die Medien grö-ßernteils durch die Regierung kontrolliert werden, wurde dies wohl mit Recht als Ver-such gewertet, die Gegner und Kritiker der Regierung mundtot zu machen.

Die Gründe für den Wahlerfolg des Ministerpräsidenten

Der Wahlkampf war völlig durch die Kor-ruptionsaffaire dominiert, was sich auch in den Medien niederschlug. Eine Ausein-ander-setzung über Sachthemen fand kaum statt. Die Konfrontation wurde auf hartem und auch sehr tiefem, teilweise lächerlichem Niveau geführt. Erdogan setzte bewusst auf Polarisierung, um die konservativen Kreise um sich zu scharen. Im Lichte der krisenhaf-ten Ereignisse des letzten Jahres waren die Wahlen quasi zu einem Votum über Erdo-gan geworden und der Regierungschef hat dieses auch bewusst dazu hochstilisiert. Sein bzw. der Sieg der AKP war erwartet wor-den, allerdings nicht in diesem Ausmaß. Die Partei steht in weiten Kreisen der Bevölke-rung für den wirtschaftlichen Aufschwung und viele realisierte Infrastrukturprojek-te (und auf diese Karte hatte Erdogan im Wahlkampf auch gesetzt). In Zeichen der Unsicherheit wollte man keine Experimen-te eingehen. Bei Erdogan hat der einfache

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:
Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien
+43 (0) 50201 10 28700
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Copyright:
© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Redakteur:
Marius Calligaris

Erscheinungsjahr:
2014

Druck:
HD DruckZ-ASt Stift
xxxx/14

Mann wohl das Gefühl, auch selbst an der Macht zu sein. Honoriert wurden offenbar auch die Bemühungen um eine Lösung des Kurdenkonfliktes. Außerdem waren die Oppositionsparteien nicht in der Lage, bei der Bevölkerung genug Vertrauen zu erwecken und glaubhafte Alternativen anzubieten. Das (frühere) Atout der AKP, nämlich die Glaubwürdigkeit, hat durch die Korruptionsaffäre offenbar keinen Schaden genommen. Ein führender Politologe wies auf eine gewisse Toleranz im türkischen Volk betreffend Korruption hin, wenn dieser positive Leistungen gegenüberstehen. Die Sperrung von social media hat sich – vor allem in den ländlichen konservativen Kreisen – nicht negativ ausgewirkt und die Enthüllungen wurden von vielen Leuten als Fabrikation angesehen. Die Veröffentlichung eines abgehörten Gespräches in einer Sitzung beim Regierungschef über einen möglichen militärischen Einsatz in Syrien kurz vor der Wahl ging offenbar vielen zu weit und wurde sogar in sonst gegen die AKP eingestellten Zeitungen als Anschlag auf die nationale Sicherheit verurteilt.

Konsequenzen des Wahlergebnisses und Ausblick in die Zukunft

Es steht zu befürchten, dass Erdogan angesichts seines oben angeführten Demokratieverständnisses seinen Sieg als Bestätigung seiner autoritären Amtsführung werten und diese allenfalls noch verstärken wird. Er hat nach den Wahlen in einer kämpferischen und unversöhnlichen Rede die Abrechnung mit seinen Gegnern und die Zerschlagung der „parallelen Strukturen“ angekündigt. Die Polarisierung im Lande wird wohl andauern. Es muss bedacht werden, dass der Urnengang Ausdruck der bestehenden Spaltung zwischen dem eher säkularen und dem stärker konservativ-moslemischen Teil der Bevölkerung war. Es besteht die Gefahr einer weiteren Einschränkung der Meinungs- und Medienfreiheit sowie des Demonstrationsrechtes und damit eines weiteren Abrückens vom früheren Reformkurs. Erdogan war 2002 als

Erneuerer angetreten und erntete von westlicher Seite einiges Lob, was letztlich die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der EU ermöglichte. Der Ministerpräsident hat nun das Rad auf zahlreichen Gebieten zurückgedreht. Viele Beobachter meinen, er sei im Begriff, die Errungenschaften seiner langen Regierungszeit und die Fortschritte zunichte zu machen sowie dem internationalen Prestige des Landes und den türkischen EU-Ambitionen weiter zu schaden.

Das nunmehrige Wahlergebnis hat die Frage nach dem nächsten Präsidenten der Türkei aktualisiert. Es gibt seit langem Vermutungen, Erdogan selbst strebe das Amt des Staatschefs an. Ein schlechtes Abschneiden bei den Wahlen hätte wohl zum Verzicht auf eine Kandidatur geführt. Allerdings ist eine Verfassungsreform zwecks Einführung eines Präsidialsystems mit mehr Kompetenzen für das Staatsoberhaupt gescheitert. Erdogan könnte dadurch allenfalls das Interesse an einer Übersiedlung in den Präsidentenstuhl verloren haben. Es mehrten sich vor den Wahlen Anzeichen für eine – im Falle einer Niederlage – geplante Änderung des AKP-Statuts, welches derzeit ein Limit von maximal drei Legislaturperioden festlegt. Eine Änderung dieser Regel würde es Erdogan ermöglichen, bei den Parlamentswahlen 2015 wieder zu kandidieren und Ministerpräsident zu bleiben (mit einem Sieg der AKP wird allgemein gerechnet). Andere Beobachter vermuten, dass Erdogan bei einer Kandidatur versuchen wird, sich gegen Konzessionen in der Kurdenfrage die Unterstützung der kurdischen Wähler zu sichern. Ob ein polarisierendes Staatsoberhaupt dem Land gut tun würde, muss dahingestellt bleiben.

Die Präsidentschafts-Vorwahlkampfzeit hat jedenfalls bereits begonnen. Es könnte angesichts des nunmehrigen AKP-Sieges auch zur Vorziehung der für 2015 angesetzten Parlamentswahlen kommen. Bewegte innenpolitische Zeiten in der Türkei sind also vorprogrammiert.

